

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badener Tagblatt. 1896-1948 1945**

40 (19.12.1945)



Ausgabe und Versand: 2 x wöchentlich... Geschäftsstelle: Stefanienstraße Nr. 3...

Badener Tagblatt

Bezugspreis: Monatlich durch die Träger 1.20 RM... Morgenzeitung

Politisches Tagebuch

15. Dezember 1945
Zum neuen Bundespräsidenten der Schweiz wurde durch die Schweizer Bundesversammlung Dr. Karl Kobold...

16. Dezember 1945
Mit der Ernennung des finnischen Erziehungsminister Johan Helo zum finnischen Gesandten in Paris wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Finnland und Frankreich wieder hergestellt.

17. Dezember 1945
Der finnische Ministerpräsident Paasiviki erklärte, er und seine Regierung wollen zurücktreten, falls das Urteil im Prozeß gegen die Verantwortlichen am Krieg „politisch nicht zufriedenstellend“ sei.

Die Kusine des englischen Königs, Prinzessin Maud Alexandra Victoria von Southsea, ist gestorben.

In Anwesenheit des Präsidenten der provisorischen Regierung der französischen Republik General de Gaulle fand die feierliche Eröffnungssitzung der Sorbonne statt.

Berichtigung

Weihnachts- und Neujahrstag!

In Nummer 39 vom „Badener Tagblatt“ am 15. Dezember wurden über die Weihnachts- und Neujahrfeiertage unrichtige Angaben gemacht.

Über den Ursprung dieser falschen Auskunft werden augenblicklich Nachforschungen angestellt.

Es war niemals die Rede davon, irgend eine Änderung an der deutschen Feiertagsgesetzgebung vorzunehmen. Die Sonntagsruhe wird weiter strikt eingehalten werden.

Admiral Nimitz wird zum amerikanischen Flottenchef ernannt.

Amerikanische Senatoren schlagen Hilfsmassnahmen für Deutschland und Österreich vor.

Der Sekretär der ehemaligen Faschisten-Partei Italiens, Scorza, festgenommen.

Der amerikanische Rundfunk meldet aus Wien, daß Renner in der neugebildeten Regierung auf Wunsch der alliierten Kontrollkommission das Amt des österreichischen Kanzlers ausüben wird anstelle von Figl, der bisher dieses Amt innegehabt hatte.

Den letzten Nachrichten zufolge wird der Prozeß gegen 350 Kriegsverbrecher Griechenlands noch im Laufe dieser Woche beginnen.

Es wird gemeldet, daß der Gründer der Gesellschaft Fiat, Senator Giovanni Agnelli, gestorben ist.

Don Juan will nichts von Franco wissen

Eine bedeutungsvolle Note Frankreichs an England und Amerika

Paris. — Die Zeitung „Paris Matin“ veröffentlicht ein Interview eines Berichterstatters mit Don Juan, der ihm die großen Linien seines Programms erläuterte: „Ich wünsche, daß die Spanier frei ihren Willen kundtun können und wenn sie, wie man hoffen kann, sich für die Monarchie erklären, so werde ich im Namen des Erbreiches meine unbestrittenen Rechte auf die spanische Krone geltend machen.“

Der Prinz würde eine von Franco organisierte Volksabstimmung verweigern, da dessen Regime totalitär ist und der Tradition und dem Charakter eines Volkes wie des spanischen nicht entspricht. Der Prinz behauptet, daß die Grundsätze der Atlantik-Charta auf die inneren Probleme Spaniens nicht anwendbar seien, fügte aber hinzu: „Auf jeden Fall bin ich mit den allgemeinen Prinzipien dieser Charta einverstanden.“

Auf die Frage, wie sich der Prinz verhalten würde, falls sich das spanische Volk gegen die Monarchie aussprechen würde, oder wenn eine provisorische Republik die Frage der Monarchie später lösen wolle, antwortete er: „Wenn es sich um einen Entscheid der Nation handelt, würde ich ihn sofort annehmen.“

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die französische Regierung an die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten eine Note gerichtet hat, in der sie vorschlägt, gemeinsam die Frage der Beziehungen der 3 Mächte mit der Regierung Francos zu prüfen. Der Text dieser Note ist noch nicht veröffentlicht worden. Aber der diplomatische Redakteur der Times glaubt zu wissen, daß in dieser Note nicht ausdrücklich davon gesprochen wird, die Beziehungen mit der Regierung des Generals Franco abzubrechen.

Bevin und Byrnes in Moskau

Auch die Türkei verwahrt sich gegen sie betreffende Beschlüsse

ste. Baden-Baden. — Die Konferenz der drei Außenminister Englands, Rußlands und der USA nahm ihren Anfang. Damit begann das Vorspiel für die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen, die Ende Januar in London stattfinden soll und die nach den Worten des englischen Außenministers Bevin die bedeutendste Konferenz der Weltgeschichte wird. Das Hauptziel jener Konferenz sei es, aus den Trümmern der alten Welt eine neue aufzubauen. Die Wiederaufbaupläne könnten aber nur dann verwirklicht werden, wenn man der Welt das Gefühl der Sicherheit gebe und die Furcht wie die Gefahr darin beseitigen würde. Mit diesen Worten legte Bevin sogleich den Grundstein für das im Augenblick in Moskau stattfindende Treffen, das in gewisser Beziehung auch ein Nachspiel darstellt zu der im September geschlossenen Außenministerkonferenz der Fünf, Moskau, der Regierungssitz Stalins, der sich bekanntlich seit mehr als sechs Wochen außerhalb Moskaus aufhält und dessen Abwesenheit im Chor der Weltpresse die mannigfachsten Deutungen und Vermutungen wachgerufen hat, wird somit zum Ausgangspunkt einer neu zu schaffenden Verhandlungsbasis.

Der tote Punkt, der nach der Londoner Konferenz entstand, ist überwunden und der Weg zu weiteren, dem Frieden dienenden Verhandlungen frei. Ein Hauptthema der Besprechungen dürfte die Atombombe sein. Daneben aber wird auch die Lage in Iran zur Sprache kommen, denn die Verhältnisse in Aserbeidschan sind sehr ernst. Die Demokraten haben die Absicht, eine Regierung einzusetzen und legen den Anforderungen des Gouverneurs Bayat, der kürzlich durch die Zentralregierung dorthin geschickt worden ist, keinerlei Bedeutung bei. Sie sind mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten bewaffnet und suchen die Regierungstruppen

zu demoralisieren. Man hat den Eindruck, daß sie die zentrale Regierung vor vollendete Tatsachen zu stellen beabsichtigen. In Teheran selbst sind, obwohl alles ruhig zu sein scheint, Maßnahmen getroffen worden, um Unruhen zu vermeiden. Es werden Gerüchte über geheime Gruppen verbreitet. Ministerpräsident Hakimi bleibt jedoch Optimist und man erwartet viel von seiner bevorstehenden Reise nach Moskau. Seine Regierung hat den Botschaftern der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Englands eine Note überreichen lassen, in der sie betont, daß die Anwesenheit fremder Truppen in Iran der Regierung bei der Durchführung von Reformen Schwierigkeiten bereitet, da sie ihre Bewegungsfreiheit behindert. Die Diskussion dieses Problem auf der Konferenz in Moskau sei daher dringlich und entspreche dem Artikel 6 des Dreierpaktes vom 29. Januar 1942, nach dem jede Diskussion und jede Entscheidung, die direkt auf die Interessen Irans Bezug haben, nach Anhörung der Regierung Irans durchgeführt werden sollen.

Wie Frankreich wird auch die Türkei keinerlei sie betreffende Entscheidungen anerkennen, die auf einer Konferenz getroffen werden könnten, an der sie nicht selbst teilgenommen hat. Das ist die Meinung der politischen Kreise Ankaras im Hinblick auf die Moskauer Konferenz, deren Mißtrauen dadurch gestärkt wurde, daß verschiedene englische und amerikanische Staatsmänner Erklärungen abgaben, nach denen hauptsächlich das Problem der Dardanellen von den Außenministern behandelt würde. Wie weit diese Vermutungen zutreffen, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden; auch scheinen die drei Außenminister vorläufig nicht gewillt zu sein, Berichte oder Erklärungen über ihre Besprechungen abzugeben.

Auch sie verlassen ihren „Führer“

Unter dem Eindruck der Anklage wollen 10 der 21 Angeklagten nichts mehr mit ihm zu tun haben

Nürnberg. — Die Anklage wurde mit den Darlegungen über das ausbeuterische Verhalten der Angeklagten Rudolf gegenüber fortgesetzt. Danach organisierte Göring die wirtschaftliche Verwaltung Sowjetrußlands. Ein feindliches Dokument erklärt: „Deutschland interessiert sich für die Produktionsmöglichkeiten nur insoweit, als diese dort stationierten Truppen nützlich sein können. Die Bevölkerung der Städte wird ein Hungerdasein führen. Ein Teil wird nach Sibirien geschickt werden müssen, was keine kleine Aufgabe sein wird, da keine Rede davon sein kann, diesen Transport mit der Eisenbahn vorzunehmen. Die notwendigen Maßnahmen müssen unbedingt durchgeführt werden. Viele Millionen Menschen müssen Hungers sterben oder nach Sibirien auswandern.“

Besonders belastend wirkt auch ein Dokument über eine Zusammenkunft Hitlers, Görings, Keitels, Rosenbergs und Bormanns, in dem es u. a. heißt: „Der Partisanenkrieg, den

die Russen beschlossen haben, ist im Grunde für uns sehr günstig, weil er uns erlaubt, uns aller derjenigen zu entledigen, die uns stören.“ Rosenberg betrachtete als Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens Sowjetrußland als nicht mehr bestehend und dekretierte, daß alle Maßnahmen, die im Interesse Groß-Deutschlands seien, durchgeführt werden müßten, selbst wenn sie mit den Haager Abmachungen im Widerspruch ständen.

Am 25. Mai 1941, d. h. genau einen Monat vor dem Beginn des Krieges gegen Sowjetrußland, hatte die landwirtschaftliche Abteilung von Hitlers wirtschaftlichem Generalstab eine Studie veröffentlicht, welche die Grundlage zur „wirtschaftlichen Organisation“ der Ostgebiete abgeben sollte. Der Grundgedanke dieser Ausführungen war, daß der Hauptteil der Sowjetindustrie zerstört, und daß man aus Sowjetrußland wieder ausschließlich ein landwirtschaftliches Gebiet machen müsse. Was die Methoden zur Erreichung dieses Zieles angeht, so gibt das folgende Zitat ein Bild davon: „Die Zerstörung der Industrie in Nordrußland ist eine unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft Deutschlands. Südrußland wird sich Europa zuwenden müssen. Sein landwirtschaftlicher Uberschuß wird aber nur dann bezahlt werden können, wenn es Deutschland und Europa Verbrauchsartikel abkauft.“

Bezeichnend aber ist der Eindruck bei den Angeklagten, den diese Beweismittel hervorgerufen. 10 von den 21 Angeklagten im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß erklären jetzt, daß sie sich von Hitler und dem Nazismus abgewendet haben, wie aus einem Bericht von Psychiatern der amerikanischen Armee hervorgeht. 8 Angeklagte stehen auch weiterhin zu Hitler und 3 sind in ihrer „Führertreue“ schwankend. Gegen Hitler erklärten sich Keitel, Doenitz, Papan, Neurath, Schacht, Frank, Funk, Speer, Fritzsche und Schirach. Keitel und Doenitz wurden, wie aus dem Bericht der Psychiater hervorgeht, in der vergangenen Woche von der Minderwertigkeit des Nazismus überzeugt, offenbar unter dem Eindruck der Nazi-Grausamkeiten, die sich aus dem bisherigen Prozeßverlauf ergaben.

Die Angeklagten Raeder, Rosenberg und Seyff-Inquart sind in ihrer Haltung unentschieden, doch wird von den Psychiatern erwartet, daß auch Raeder und Rosenberg sich bald gegen Hitler erklären werden.

Immer noch von der Nazi-Weltanschauung überzeugt, sind die Angeklagten: Goering, Heß, Ribbentrop, Jodl, Streicher, Kaltenbrunner, Frick und Sauckel. Von diesen stehen nach Ansicht der Psychiater Heß und Ribbentrop noch unter Hitlers hypnotischem Einfluß. Als Goering zu Prozeßbeginn versuchte, aus den 21 eine geschlossene Nazigruppe zu bilden, war Schacht der einzige, der sich schon damals offen gegen Hitler erklärte

Totschweigen!

Historisches Geschehen läßt sich nicht un-gesehen machen. Aus der kontinuierlichen Folge der Ereignisse läßt sich keines nach-träglich wieder streichen; der Lauf der Zeit kennt kein Vacuum. Die Muse Klio selbst vermag das, was sie einmal mit ehernen Griffel in ihre Tafeln eingegraben hat, nicht einfach wieder auszuradieren. Deshalb bleiben selbst die beschämendsten und der Menschheit un-würdigsten Taten bestehen und müssen, wenn die Historiker, ihrem Berufe getreu, wahrheits-gemäß berichten wollen, für alle Ewigkeit in den Annalen der Weltgeschichte fortleben. So wird selbstverständlich auch die nationalso-zialistische Epoche des dritten bis fünften De-zeniums unseres Jahrhunderts in den künfti-gen Lehrbüchern der Geschichte nicht nur ihren Platz erhalten, sondern — leider — so-gar einen wesentlichen Raum einnehmen; wohl oder übel werden die Namen Hitlers und sei-ner Helfershelfer, mögen ihre Träger als menschliche Charaktere dessen noch so un-wert sein, in den zeitlich einschlägigen Kap-iteln historischer Betrachtungen immer wie-der auftauchen müssen. Wir denken hierbei weniger an ihre Rolle im zweiten Weltkrieg — der unseres Erachtens im Hinblick auf die im-mer schärfer herausgebildeten machtpoliti-schen Gegensätze auf unserer durch die mo-derne Verkehrstechnik allzu eng gewordenen Erde sowieso früher oder später ausgebro-chen wäre —, als an die allgemeine, destruk-tive Wirkung des Nationalsozialismus, des-sen Grundsätze, wenn ihm der Sieg zugefal-len wäre, eine Welt der Rechtslosigkeit, Will-kür, Kulturfeindlichkeit und Amoral geschaffen hätte.

Wenn nun aber auch die geschichtliche Würdigung des soeben abgelaufenen Zeitab-schnitts sich stets mit dem Nationalsozialis-mus und seinen Protagonisten zu beschäftigen haben wird, so verdient ansonsten das ver-brecherische Treiben jener Leute nichts an-deres, als sobald wie möglich völligem Ver-gessen anheimzufallen. Erscheinungen wie Göring, Göbbels, Ribbentrop, Streicher e tult quanti gehören, rein menschlich gesprochen, noch weniger in den Kreis derjenigen, deren die Welt zu gedenken pflegt, als etwa ein Herodotus, der seinem Ehrgeiz, genannt zu werden — man könnte heute sagen: sich „gedruckt zu sehen“ — durch eine zwar ver-brecherische, aber immerhin originelle Hand-lung Befriedigung verschaffte. Die sogenann-ten „Prominenten“ am Hitler aber stehen als ganz gewöhnliche Kriminelle im Sinne des Strafgesetzbuchs weit unter dem Niveau einer psychologischen Kuriosität, als die jener Tem-pelschänder des Altertums immerhin noch ein gewisses Interesse beanspruchen darf. Gerade sie, die in frecher und lächerlicher Überheblichkeit jeder Stadt und jedem Dorf des Reichs einen „Adolf Hitler-Platz“, eine „Hermann Göring-Straße“ und ähnliche Ruh-mestafeln lokaler Parteigenossen und Mitläu-fer aufzuzwingen, um sich und ihre Gemein-schaft populär zu machen, müssen jeglicher auch posthumer Popularität entkleidet wer-den; wie jener ganze Wust von Propaganda-schildern gleich nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus im Sturm der Säu-berungsaktion wieder verschwunden ist, sol-len dieselben, der öffentlichen Aufmerksam-keit wieder entrückten Namen nun auch aus

Ausstellung über Wiederaufbau in Paris

Paris. — Der Minister für Wiederaufbau in der neuen Regierung, Raoul Dautry, hatte die französische Presse aus Anlaß einer Er-öffnung der großen Ausstellung für den Wie-deraufbau im Invalidenbahnhof in Paris ein-geladen. Von 1 300 000 baufälligen Häusern sind 250 000 wiederhergestellt. Über 600 000 sind wieder bewohnbar. Dennoch ist der Woh-nungsbau nach wie vor die dringendste Auf-gabe. Auch hier hängt die Entwicklung ent-scheidend von den Kohlenlieferungen ab. Da-neben aber besteht die Aufgabe für Hundert-tausende von Arbeitern, die beim Wieder-aufbau beschäftigt sind und meist fern von ihren Wohnstätten zu arbeiten haben, Not-wohnungen zu errichten. Diese Aufgabe soll das neugeschaffene Amt für Arbeiterwoh-nungen übernehmen und zu diesem Zwecke war auch die Ausstellung in Paris organisiert worden. Ein erster Kredit von 200 Millionen Franken wurde bewilligt. Die Hauptschwierig-keit erweist sich weniger in der Errichtung der Baracken als in der Lieferung von 500 000 Schlafdecken, die erforderlich sind.

Schweres Eisenbahnunglück bei Berlin

Berlin. — Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem acht Menschen ums Leben kamen und fünf Personen schwer, vier weitere leicht verletzt wurden, ereignete sich am 15. De-zenber zwischen den Stationen Berlin-Schöne-weide und Springlerfeld. Ein Güterzug stieß mit einem entgegenkommenden S-Bahn-Zug zusammen. Durch den Zusammenstoß ent-gleisten die Lokomotive und drei Wagen des Güterzuges sowie zwei Wagen des S-Bahn-Zuges. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht bekannt.

Rote-Kreuz-Pakete für Berliner Kinder

Genf. — Das internationale Rote Kreuz gab bekannt, daß die Berliner Militärregierung die Sendung von Paketen durch das Rote Kreuz mit Medikamenten und Kleidungsstücken für Kranke und Kinder in Berlin zugelassen hat.

unserer privaten Gedankenphäre verschwinden und ihr Klang als verstoßen gelten.

Die Nazis selbst haben ja das System des Totschweigens erfunden, das sie auf alle Personen anwandten, die ihnen nicht paßten; körperlicher und ideeller Totschlag gehörte nun einmal zu den Requisitionen ihrer Politik.

Wir strafen die Nazis also nur nach ihrer eignen Methode, wenn wir auch ihre Namen grundsätzlich, soweit es sich nicht um geschichtliche Forschungsarbeit oder ähnliche Probleme handelt, im Dunkel der Vergangenheit belassen und sie der Nachwelt nicht weiter übermitteln.

Wie in sauberer Umgebung, im Bereich der guten Kinderstube, im geselligen Kreise kultivierter Menschen die Erörterung anstößiger Themen, der Gebrauch gewisser Ausdrücke, das Fluchen und dergleichen als verpönt zu gelten pflegt, so sollte von nun an jede, nicht unbedingt durch die Umstände gebotene Erwähnung derjenigen, auf denen der Fluch der gesamten gesitteten Menschheit lastet, als geschmacklos gelten.

Dr. Franz Olshausen, Gesandter a. D.

Frankfurter Verhaftet

Frankfurt. — Die Frau des Angeklagten Julius Streicher ist wegen abfälliger Äußerungen über den Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher verhaftet worden.

Die Wirtschaft

Was Deutschland erzeugen darf

Washington, 18. Dez. — Im Senats-Untersuchung zur Untersuchung des deutschen Kriegspotentials sagte Generalmajor John Hilldring, Leiter der Zivilverwaltungsabteilung des Kriegsministeriums: „Die Untersuchung des I. G.-Farbenkonzerns ist nur eine von vielen gleichartigen Untersuchungen über deutsche Trusts und Kartelle.“

Nach den grundlegenden Richtlinien für die Militärverwaltung in Deutschland ist der Chef der Militärregierung beauftragt, alle privaten Institutionen zu verbieten, die Produktion aller Werke einzustellen, die Waffen, Munition und sonstiges Kriegsgeschütz erzeugen.

Verspiel zum 20. Juli / Der Bischof von Chichester spricht

Am 22. Oktober d. J. brachte die Neue Züricher Zeitung einen Artikel über den 20. Juli, dem die Mitteilungen des letzten überlebenden Augenzeugen der Vorgänge im OKW, Berlin, Dr. Eugen Gerstenmaier, zu Grunde lagen.

Indessen hat auch der Bischof von Chichester in der englischen Contemporary Review zu den Dingen Stellung genommen.

Beginn des Putsches schon im Dezember 1941. Wie aus den Ausführungen des Bischofs hervorgeht, begann der Widerstand gegen das System, mit dem Ziel, es abzuschaffen, genau vor vier Jahren, also Anfang Dezember 1941.

Der Bischof, der zuzugibt die Funktion eines Treuhänders ausübte, hatte natürlich keine Vollmachten, sich zur Sache zu äußern, trug die Angelegenheit aber nach seiner Rückkehr nach London Ende Juni 1942 sofort dem Außenminister Eden vor.

Was wollte Canaris?

Ein Leidensgenosse sagt aus

Stockholm. — Die schwedische Presse enthält eine Darstellung über das Ende Admirals Canaris, des ehemaligen Chefs des deutschen Spionage- und Gegenspionagedienstes.

In der Nacht auf den 7. April 1944 sei Canaris aus der Zelle geführt und entkleidet in den Gefängnishof gebracht worden.

Admiral Canaris habe nach seinen eigenen schriftlichen Aufzeichnungen einer Sabotage-Liga angehört, die das Ziel verfolgte, in Deutschland ein Chaos hervorzurufen.

de. Diese verschiedenen Bedenken veranlaßten die englische Regierung, sich nicht mit der Sache zu beschäftigen.

Was wollte Gördelers?

Der frühere Oberbürgermeister von Leipzig war, wie bekannt, als Chef der vorläufigen Regierung ausersehen.

Man ersieht daraus, wie unendlich schwer es war, das Ziel zu erreichen, was sich diese Männer vorgenommen hatten.

Man kann es nicht wissen, England konnte im voraus keine klare Antwort geben, und überdies hätten die anderen Alliierten auch noch mitzureden gehabt.

Man kann es nicht wissen, England konnte im voraus keine klare Antwort geben, und überdies hätten die anderen Alliierten auch noch mitzureden gehabt.

mark, Norwegen und im Februar 1942 Schweden durch Mittelleute von der bevorstehenden Invasion deutscher Truppen verständigt.

Canaris war nach den Aussagen des dänischen Oberleutnants ein überzeugter Monarchist und entschlossener Gegner des Nationalsozialismus.

Ende der Feindseligkeiten in Siam

London. — Der Kriegszustand zwischen Siam und Großbritannien wird bald beendet sein.

Die britischen Bedingungen werden von Londoner politischen Kreisen als gemäßigt angesehen.

Paris. — Rechtsanwalt Marcel Faignard ist damit beauftragt worden, den ehemaligen deutschen Botschafter in Paris Otto Abehj vor dem 2. Militärgericht in Paris zu verteidigen.

Sammeltransporte für Flüchtlinge

Strenge Maßnahmen für „wilde“ Reisende

Berlin. — An alle Evakuierten und Heimkehrer, die sich zur Zeit in Berlin und in der russischen Besatzungszone aufhalten, wendet sich der Magistrat der Stadt Berlin mit folgender Mitteilung: der Bevölkerungsaustausch vom Osten zum Westen über die Demarkationslinie erfolgt nur in bestimmten Sonderzügen.

Führende Gewerkschafter besuchen Deutschland

Paris. — Das ständige Exekutivkomitee des Weltgewerkschaftsbundes tagt am 21. und 22. Dezember in Paris.

Zwei Gestapo-Beamte zum Tode verurteilt

Oslo. — Das alliierte Militärgericht verurteilte am 13. Dezember Dr. Fritz Seeliga und Erich Hoffmann zum Tode durch den Strang.

Soldaten aus Norwegen kommen zurück

Oslo. — Der norwegische Außenminister gab bekannt, daß sich ungefähr 40 000 deutsche und österreichische Soldaten in Norwegen und ungefähr 3 000 Zivilpersonen, davon 1 100 Polen und 1 400 Deutsche in Norwegen befinden.

Universitäten werden gesäubert

Hamburg. — Ein in der englischen Besatzungszone veröffentlichter Bericht teilt mit, daß die Universitäten von Köln, Bonn, Münster, Kiel und Hamburg sowie das medizinische Institut in Düsseldorf gesäubert worden sind.

Ausländer werden heimbeordert

Hamburg. — Drei neue Gruppen von Ausländern, die sich in der englischen Besatzungszone befinden, werden in ihre Heimatländer zurückbeordert werden.

Freie Deutsche Liga

Dortmund. — In Dortmund wurde die freie deutsche Liga (Liga für Menschenrechte) gebildet.

Konsulate in München wurden geschlossen

München. — Mit Ausnahme des Schweizer Konsulats, das während des Krieges die amerikanischen Interessen wahrnahm, werden alle Konsulate in München geschlossen.

lands übernehmen. Wie die Alliierten die Verfolgung der deutschen Kriegsverbrecher auf der ganzen Welt eingeleitet haben, so werden sie auch die der Angriffspolitik dienenden Auslandsinvestitionen unter ihre Kontrolle bringen.

Eisen- und Metallindustrie arbeiten

Frankfurt, 17. Dez.

Hochöfen brennen wieder an Ruhr und Saar. Das ist ein symbolisches Zeichen für den Wiederaufbau einer friedlichen deutschen Wirtschaft.

In Sachsen hat die Sächsische Provinzverwaltung die zum Flickkonzern gehörenden Mittelsächsischen Gußstahlwerke in Riesa und die zum gleichen Konzern gehörenden Gußstahlwerke Döhlen übernommen.

schäden noch nicht betriebsfähig ist, hat dort die Eisengießerei R. Wolf mit 1650 Arbeitern (vor dem Zusammenbruch 1140) die Herstellung großer Bagger, Bergwerksmaschinen, Lokomotiven und Dampfmaschinen wieder aufgenommen.

Das Werk Gustavsburg der MAN sucht zu seinen 2500 Mann Belegschaft noch weitere 1000 Facharbeiter, um die vorliegenden Aufträge befristet zu können.

Die Arbeiten der Rhein-Kommission

Straßburg, 18. Dez.

Die Zentralkommission für Rheinschifffahrt hat Bestimmungen getroffen, welche die Wiederaufnahme und die Sicherheit der Rheinschifffahrt gewährleisten sollen.

Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten an der ersten Zusammenkunft der internationalen Rhein-Kommission in Straßburg teilgenommen haben.



